

Beschluss des Landrats vom 16.01.2025

Nr. 930

26. Keine weiteren Verzögerungen für die Birsquerung zwischen Aesch und Dornach 2024/459; Protokoll: ps

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme und dessen Abschreibung beantrage. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Christine Frey (FDP) mischt sich hier als Nicht-mehr-Aescherin in dieses Geschäft ein, darf aber für sich beanspruchen, dass sie in Aesch und Pfeffingen aufgewachsen ist. 2023 wurde der integrale Prozess Dornach/Aesch, Zukunft Birsraum, unter Einbezug beider Gemeinden, beider Kantone und der Bevölkerung gestartet. Mit dem Schlussbericht vom 28. Mai 2024 wurde dieser Prozess abgeschlossen. Dabei, und das ist wichtig zu wissen, wurde mit einem breiten Konsens eine neue Birsquerung verabschiedet, die südlich zu liegen kommen soll. Aktuell wird eine Machbarkeitsstudie für eine Brücke an südlicher Lage erarbeitet. Nun gibt es jedoch ein Störfeld: Ein Komitee bringt die Variante «Mitte» wieder aufs Tapet. Es wird suggeriert, dass die Variante «Mitte» immer noch zur Diskussion steht. Das ist aber nicht so und unbefriedigend für alle, die an diesem Mitwirkungsverfahren teilgenommen haben, aber auch für die Landeigentümer in der Planungszone Mitte. Diese Planungszone läuft im November dieses Jahres aus.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, bei der Birsquerung im Raum Dornach/Aesch keine weiteren Verzögerungen mehr zuzulassen. Um das zu erreichen, sollen alle Massnahmen ergriffen werden, wie z. B. das Auslaufen lassen von Planungszone in den Gebieten, die nicht in Frage kommen, zum vorgesehenen Zeitpunkt und generell die diesbezüglichen planungsrechtlichen Vorgaben anzupassen oder aufzuheben. Die Antwort des Regierungsrats stellte die Rednerin nicht ganz zufrieden: Das Postulat solle entgegengenommen und abgeschrieben werden. Die bestehende Planungszone im Bereich der ursprünglichen Variante «Mitte» werde auslaufen und könne nicht erneuert werden. Im Frühling 2025 müsse überprüft werden, ob ein Folgeprozess zur Raumsicherung von Baulinien gestartet werden solle. Die Rednerin kann dies nicht nachvollziehen und ist damit nicht einverstanden, da der Auftrag klar lautet, die Variante «Süd» umzusetzen. Die Variante «Mitte» ist bereits abgeschrieben. Deshalb bittet die Rednerin Regierungsratspräsident Isaac Reber, sich nicht zu stark gegen den Auftrag zu wehren und das Postulat stehen zu lassen.

Martin Karrer (SVP) hält sich kurz, um keine weitere Verzögerung zu verursachen. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht aufzeigen können, dass mit dem Auslaufen der Planungszone «Mitte» im November 2025 die Stossrichtung klar vorgegeben ist. Somit ist relativ klar, dass es die Variante «Süd» sein wird. Das Postulat ist für die SVP-Fraktion geprüft und darüber berichtet und der Empfehlung des Regierungsrats – Entgegennahme und Abschreibung – wird gefolgt.

Rolf Blatter (FDP) möchte einige Korrekturen anbringen. Er verursacht das Störfeld, gemeinsam mit einer Person aus Dornach. Das Postulat besagt, dass 40 Delegierte, je 20 aus Dornach und Aesch, zum Schluss gekommen seien, dass die Variante «Süd» die richtige sei. Das Gremium der 40 handverlesenen Mitglieder verfügt über keinerlei Entscheidungskompetenz. Eine Entscheidung für diese Variante wurde noch nicht getroffen. Das Postulat sagt auch, es gebe eine unterlegene Seite. Diese gibt es nicht, weil noch keine Entscheidung für eine Standortvariante gefällt wurde. Das Postulat verlangt, der Regierungsrat solle dafür sorgen, dass es keine weiteren Verzögerungen mehr gibt. Diese Diskussion wird nicht erst seit zehn Jahren geführt, sondern seit 40 Jahren. Das Ganze ist sehr umstritten. Im Jahr 2000 begann man mit ingenieurtechnischen Untersuchungen. Es gab schon drei Machbarkeitsstudien, und zwar von namhaften Büros wie Rapp AG, Jauslin

Stebler AG sowie Rudolf Keller & Partner, in den Jahren 2002, 2005 und 2010. Es gab eine Einigung aller vier Körperschaften (die beiden Gemeinden und Kantone) auf die Variante «Mitte». Ein Vorprojekt wurde in Auftrag gegeben, ausgearbeitet und im Agglomerationsprogramm angemeldet. Dieses wurde bewilligt. CHF 28 Mio. wurden für das Projekt bereitgestellt. Wenn es jetzt heisst, das Störfeuer blockiere das weitere Vorgehen, so ist zu sagen, dass die Blockade 2013 begann und zwar nicht durch den Redner. Damals gab es in Dornach einen grünen Gemeindepräsidenten und seither ist alles blockiert. Die Gemeinde Dornach will in der Auenlandschaft in unmittelbarer Nachbarschaft der Birs die für die Strasse benötigten Schneisen nicht zulassen. Auch der vehementeste Gegner der Variante «Mitte» sagt, eigentlich wäre die «Mitte» das einzig Richtige, da kürzer, schneller, sicherer, ökologischer, ohne Enteignungen realisierbar und auch günstiger. Das Erstaunlichste – gerade bei den Grünen – ist: Die Variante «Süd» bedingt 0,5 Tonnen mehr CO²-Ausstoss pro Tag, weil der Weg dreimal so lange ist. Mit der Variante «Süd» müssten diverse Gebäude abgebrochen werden, Betriebe müssten umziehen und Arbeitsplätze im Baselbiet würden verloren gehen. Das Hauptargument, das in Dornach lange anerkannt war, lautet: Für Dornach würde die Querung keinen Mehrwert bringen und niemand würde sie benutzen, denn der Umweg würde so gross, dass sie fast nach Aesch müssten. Das einzige Argument der Gegnerschaft, dass einige Bäume gefällt werden müssten, ist eigentlich hinfällig. Denn das Entwicklungsprojekt der HIAG im ehemaligen Metalli-Areal führt dazu, dass die allermeisten Bäume ohnehin weichen müssen. Die Uferlandschaft wird signifikant neu gestaltet. Nun verlangt das Postulat, dass es keine Verzögerungen mehr geben soll. Der Regierungsrat hat vor ungefähr einem Jahr als Antwort auf eine Interpellation des Redners gesagt, man müsse alle Optionen offenhalten, bis letztlich der Standortentscheid getroffen ist. Die 40 Delegierten können keinen Standortentscheid treffen. Es gilt deshalb nach wie vor, dass die Varianten «Mitte» und «Süd» so lange möglich sind, bis das entsprechende Gremium – letztlich der Landrat – einen Entscheid getroffen hat. Es sollen nicht ohne Not und ohne Grund Entscheidungsmöglichkeiten begrenzt werden.

Das Mitwirkungsverfahren wurde im November 2023 abgeschlossen. In einer Medienmitteilung wurde angekündigt, dass es eine Machbarkeitsstudie gibt. Ende Mai 2024 wurde der Schlussbericht veröffentlicht und auch darin wurde auf die Machbarkeitsstudie verwiesen. Eine Woche vor Weihnachten 2024 wurde diese immer noch nicht in Auftrag gegeben. Vielleicht ist dies in der Zwischenzeit erfolgt. Das Ziel des Postulats, sich strategische Optionen zu verbauen, ist falsch. Der Redner bittet darum, das Postulat nicht zu überweisen.

Jan Kirchmayr (SP) dankt für das unterstützenswerte Postulat. Der Prozess war sehr gut. Aus jeder Gemeinde konnten sich 20 Personen beteiligen. Diese Personen waren nicht handverlesen, sondern Interessierte, die sich gemeldet haben und ausgewählt wurden. Die Postulantin war auch Teil davon. Die Leute durften dort mitdiskutieren und nahmen unterschiedlich viel Raum ein bei diesen Diskussionen, was durchaus auch in Ordnung ist. Zur Auswahl der Personen: Unter anderem war der zuständige Gemeinderat aus Aesch, ein Parteikollege von Rolf Blatter, dabei. Der Redner möchte vorausschicken, dass er froh ist, dass es kein Diktat eines Dornacher Gemeindepräsidenten oder einer Aescher Gemeindepräsidentin gibt, sondern es handelt sich um demokratisch gewählte Gremien. Betrachtet der Redner die Zusammensetzung der Gremien, sind beide bürgerlich geprägt. Die SP-Fraktion ist für Überweisung des Postulats. Damit soll der klare Auftrag erteilt werden, dass man die Planungszone auslaufen lässt. Das Postulat sollte stehengelassen und das Parlament informiert werden, sobald der Prozess abgeschlossen ist. Das ist der richtige Weg. Das Vorgehen des Regierungsrats sollte nicht torpediert, sondern unterstützt werden.

Es ist nicht die Art von **Simon Oberbeck** (Die Mitte), sich in innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten anderer Parteien einzumischen. Die Mitte-Fraktion hat grosse Sympathien für eine Variante «Mitte». Aber: Besser der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Man sollte sich am politisch Machbaren orientieren. Der Prozess führte zu einem Entscheid, dass die Mitte-Variante

nicht mehr weiterverfolgt werde. Dies findet der Redner auch schade, aber es gab einen demokratischen Prozess. Es ist aber auch das demokratische Recht, Unterschriften gegen das Projekt zu sammeln. Aber schliesslich sollte man weiterkommen und ein Projekt umsetzen: Lieber eine Brücke als gar keine – an diese Worte erinnern kann sich der Landrat dann auch, wenn es um die Wiederverwendung der Birsbrücken geht. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Überweisung und Abschreibung des Postulats.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) kann sich kurz halten. Das Anliegen war berechtigt und der Regierungsrat habe eine gute Antwort geliefert. Zum Prozess: In der Politik können sich zum Glück Meinungen ändern, ansonsten wäre die Arbeit des Landrats überflüssig. Dinge dürfen in Frage gestellt werden. Aus Sicht des Redners fand vorliegend einen guten Prozess statt, und Rolf Blatter war ebenfalls beteiligt. Es gilt auch einmal zu akzeptieren, wenn die eigene Meinung nicht durchdringt. Die Grüne/EVP-Fraktion empfiehlt, das Postulat zu überweisen und abzuschreiben.

Marco Agostini (Grüne) stimmt der Überweisung und Abschreibung des Postulats zu. Es wurde vorhin gesagt: Lieber eine Brücke als gar keine. Er sagt: Lieber keine Brücke als eine schlechte. Es ist nicht in Stein gemeisselt, dass die Variante «Süd» realisiert werden soll. Es braucht noch eine Machbarkeitsstudie. Zur Variante «Mitte» gibt es drei Machbarkeitsstudien. Der Redner fragt sich, wie viele Machbarkeitsstudien es noch braucht. Wenn dreimal gesagt wurde, es handle sich um eine gute Variante, dann muss man die weiterverfolgen. Ob diese dann von der Bevölkerung oder dem Parlament gutgeheissen wird, ist eine andere Frage. Die Variante «Süd» wird es schwer haben. Man fährt im Zickzack, durch ein Industriegebiet, hinauf und hinunter etc. So vorteilhaft erscheint dies nicht. Deshalb muss man zuerst einmal abwarten, was die Machbarkeitsstudie zeigt. Dann kann man entscheiden. Sich gegen andere Varianten verwehren, erscheint nicht zielführend. Es gibt auch die Variante, dass es gar keine Brücke gibt. Es soll offen gelassen werden, damit die Bevölkerung dann entscheiden kann, welche Variante sie will. Zu sagen, lieber eine Brücke als gar keine, ist für den Redner nicht der richtige Weg. Alle Varianten müssen gut betrachtet werden und dann kann man entscheiden, was wirklich Sinn macht. Auch keine Brücke kann eine Lösung sein. Wird man sich nicht einig, ist es so. Wenn ein Grüner anscheinend im 2013 das Ganze gestoppt hat, so ist das nicht möglich – eine einzige Person kann nichts stoppen. Zudem noch etwas: Wird dort einmal mit Graben begonnen, dürfte einiges zutage gefördert werden. Es handelt sich um einen belasteten Standort. Wer zahlt dies? Es gab bereits andere Situationen: Bei den Salinen wurde eine Strasse gebaut und es kam belastetes Material zum Vorschein. Keiner zahlt dafür, die Privatwirtschaft will nicht dafür aufkommen oder man findet das verantwortliche Unternehmen nicht mehr. Dann müssen alle mitzahlen. Bevor man gräbt, muss dies genau abgeklärt werden.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) sagt, eine Überweisung sei richtig, um vorwärts zu machen. Jedoch muss den Tatsachen ins Auge geschaut werden. Es gibt zwischen Dornach und Aesch nur eine mögliche Variante. Rolf Blatter sagt, «Mitte», jedoch ist es die Variante Konsens. Ohne Konsens gibt es keine Brücke. Der Redner muss die Geschichtsklitterung von Rolf Blatter ein wenig korrigieren. Es war nicht nur die Haltung der Gemeinde Dornach. Der Kanton Solothurn wollte den Richtplan anpassen und strich die Variante «Mitte». Es war nicht der Gemeindepräsident oder die Gemeinde, die diese nicht wollten, sondern der Gemeinderat von Dornach und der Kanton Solothurn. Deshalb wurde festgehalten, dass es keine Brücke geben werde, wenn auf diesem Weg weitergefahren wird. Deshalb wurde der Prozess in Gang gesetzt, die Birsquerung umfassend anzuschauen – alle gemeinsam: die beiden betroffenen Gemeinden Dornach und Aesch und die Kantone Solothurn und Basel-Landschaft. Es wurde nach einer Möglichkeit gesucht, um einen Schritt weiter zu kommen. Es konnte ein Konsens darüber erzielt werden, dass es eine Möglichkeit wäre, die südlicher liegende Variante genauer zu prüfen. Dafür gibt es nun eine Machbar-

keitsstudie und dann wird man sehen, ob man auf diesem Weg weiterkommt. Mittlerweile wurde mit der Machbarkeitsstudie begonnen; es gab noch Bereinigungen und Absprachen mit den Gemeinden. Mit anderem Worten: Möchte man vorwärtskommen, muss ein Konsens gefunden werden. Wenn der Landrat den Vorstoss stehen lassen will, dann wehrt sich der Redner nicht dagegen, obwohl dieser eigentlich beantwortet ist.

Rolf Blatter (FDP) möchte auf einige Punkte replizieren. Einige, die sich heute geäußert haben, kennen die Situation vor Ort sehr wohl. Wer die Situation nicht kennt, für den ist es schwierig, ein Urteil abzugeben. Es ist nicht nur die politische Frage, es ist auch eine Frage der technischen Machbarkeit. Marco Agostini hat richtig gesagt, es habe schon drei Machbarkeitsstudien gegeben, in denen die Varianten «Mitte» und «Süd» einander gegenübergestellt wurden. Dreimal kam man zum Schluss, dass es nur eine sinnvolle, machbare Variante gibt, nämlich die Variante «Mitte». Aufgrund der Abklärungen wurde ein Vorprojekt erarbeitet und letztlich auch finanziert. Wahrscheinlich ist in diesem Vorprojekt schon eine Million Franken an Honoraren über Jahrzehnte hin aufgelaufen. Der Redner glaubt, auch eine vierte Machbarkeitsstudie werde das gleiche Resultat ergeben. Im Gegensatz zur Informatik, wo 15, 20 Jahre vielleicht drei Ewigkeiten bedeuten, sind in einem Industriequartier nach 15 Jahren immer noch die gleichen Liegenschaften und Strassen vorhanden.

Eine Replik zu Jan Kirchmayr: Sehr wohl waren diese Delegierten handverlesen. Es gab auf beiden Seiten mehr als 20 Kandidaten für die Arbeitsgruppe, und dann entschied der Gemeinderat, wer dort hineinkommt und wer nicht. Insbesondere auf Dornacher Seite gab es sehr viele Grüne und Anthroposophen, was zu einer Überzahl gegenüber den bürgerlichen Vertretenden führte. Die Gemeinderäte waren nicht Teil der Arbeitsgruppe, sondern nur als Begleiter und physisch vor Ort dabei.

Zur politischen Machbarkeit: Wenn das Argument vorgebracht wird, die Gegner der Variante «Mitte» würden sich mit einer Einspracheflut gegen die Variante wehren: In diesem Industriequartier gibt es ein knappes Dutzend KMU. Mit Ausnahme eines KMU werden alle Einsprache machen gegen die Variante «Süd». Diesbezüglich gab es bereits Abklärungen. Ob das dann einfacher und schneller zu beantworten ist, als eine Einsprache auf Dornacher Seite gegen die Rodung des Auwalds, bezweifelt der Redner. Zudem möchte er den Regierungsrat noch einmal daran erinnern: In der Antwort zu seiner Interpellation aus dem Jahr 2023 sagte der Regierungsrat, er werde sicherstellen, dass alle Optionen möglich bleiben und wenn die Planungszone, die vor fünf Jahren verfügt wurde, Ende 2025 ausläuft, dann wird sie mit dem Erlassen von Strassen- und Baulinien das Strassentrasse weiterhin sichern. Der Redner bittet darum, sich dies zu Herzen zu nehmen, wenn es soweit ist.

://: Mit 67:3 Stimmen wird das Postulat überwiesen und mit 52:21 Stimmen stehen gelassen.
